



BUND/Misereor (Hrg.): Wegweiser für ein zukunftsfähiges Deutschland, Riemann-Verlag, München 2002, 18 Euro

5 VISIONEN - TRÄUMEN, WIE ES SEIN KÖNNTE

Uwe Holtz

2020: Das globale Dorf ist auf dem Weg zu Frieden, Demokratie und Wohlstand für alle

(S. 299-309)

Wer Krieg und Gewalt bannen will, muss zuerst dafür sorgen, dass der Hunger aus der Welt verschwindet. Eine konsequente Entwicklungspolitik kann dazu beitragen, dass eines Tages der Traum von weltweiter Demokratie und Wohlstand verwirklicht wird.

Politische Visionen und Utopien werden oft der Realitätsblindheit geziehen. Dennoch gibt es sie seit Menschengedenken. Ich zähle mich zu denen, die gerne dem englischen Dichter Oscar Wilde folgen, der sich 1891 zu Utopia (eigentlich „Nirgendwo“) in folgender Weise äußerte: „Eine Weltkarte, auf der das Land Utopia nicht verzeichnet ist, verdient keinen Blick, denn sie lässt die eine Küste aus, wo die Menschheit ewig landen wird. Und wenn die Menschheit da angelangt ist, hält sie Umschau nach einem besseren Land und richtet ihre Segel dahin. Der Fortschritt ist die Verwirklichung der Utopien.“

Stellen wir uns mit dem UN-Generalsekretär Kofi Annan einen Augenblick lang vor, die Welt mit ihren sechs Milliarden Menschen sei tatsächlich ein „Dorf“. Nehmen wir an, dieses Dorf hätte 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner und alle Eigenschaften der heutigen Menschheit

seien darin in demselben Verhältnis vertreten wie in der wirklichen Welt. Wie sähe dieses Dorf aus?

Das Leben im globalen Dorf

Rund 150 Einwohner leben in einer wohlhabenden Wohngegend. Fast die Hälfte der Dorfbewohner muss sich mit weniger als zwei Dollar pro Tag mühsam am Leben erhalten; 220 leben in absoluter Armut und müssen mit weniger als einem Dollar pro Tag auskommen. Frauen machen den größten Anteil derjenigen aus, die in Armut leben.

Die Zahl der Erwachsenen, die lesen und schreiben können, ist zwar gestiegen, aber noch immer sind etwa 220 Dorfbewohner, zwei Drittel davon Frauen, Analphabeten. Weniger als 60 Personen besitzen einen Computer, und nur 24 haben Zugang zum Internet. Mehr als die Hälfte hat noch nie einen Telefonanruf getätigt oder erhalten.

Von den 390 Einwohnern unter 20 Jahren leben drei Viertel in den ärmeren Gegenden, und viele von ihnen suchen verzweifelt nach Arbeit, die es aber nicht gibt. Im Bezirk der Wohlhabenden beträgt die Lebenserwartung fast 78 Jahre, in den ärmeren Gegenden 64 Jahre und in den allerärmsten Vierteln lediglich 52 Jahre. Jede dieser Zahlen liegt höher als in vorangegangenen Generationen, aber warum sind die Ärmsten so weit abgeschlagen? Weil in ihren Vierteln weitaus häufiger Infektionskrankheiten und Mangelernährung auftreten. Hinzu kommt ein akuter Mangel an einwandfreiem Wasser, sanitären Einrichtungen, gesundheitlicher Versorgung, angemessenem Wohnraum, Bildungsmöglichkeiten und Arbeitsplätzen.

Es gibt keinen eindeutigen Weg, den Frieden in diesem Dorf zu wahren. Einige Bezirke sind relativ sicher, während andere von organisierter Gewalt geplagt werden.

In den letzten Jahren haben sich in dem Dorf zunehmend wetterbedingte Naturkatastrophen ereignet, darunter unerwartete schwere Stürme sowie plötzlicher Wechsel von Überschwemmung zu Dürre. Gleichzeitig ist die Durchschnittstemperatur spürbar wärmer geworden. Der Lebensunterhalt eines Sechstels der Einwohner ist durch die Bodendegradation im Umland gefährdet.

Was den Grad der Freiheit angeht, so genießen 389 Einwohnerinnen und Einwohner politische und bürgerliche Freiheiten. 256 sind „halbfrei“ und 355 „unfrei“. (85 Entwicklungsländer gelten als frei, so Indien, Südafrika, Botswana, Namibia, Argentinien und Chile; 60 Län-

der als halbfrei, wie Indonesien, Nigeria, Peru, Venezuela, Mexiko und Brasilien; 47 Länder als unfrei, beispielsweise China, Iran, die meisten arabischen Länder, Kongo, Sudan und Kuba).

Wer von uns würde sich nicht fragen, wie lange ein solches Dorf überleben kann, das für die große Mehrheit der Bewohner nichts von einem wünschenswerten „Utopia“ hat.

Vorhang der Armut beiseite schieben

Die internationalen Beziehungen des 21. Jahrhunderts werden wesentlich davon geprägt sein, ob es gelingt, den Vorhang der Armut, der die Welt teilt, beiseite zu schieben. Die Probleme von Hunger und Not, Bevölkerungsexplosion, Umweltzerstörung, Verschuldung, Drogenanbau, Aids, Wanderungsbewegungen, Menschenrechtsverletzungen und politischen, ethnischen Konflikten in Entwicklungsländern dürfen nicht länger isoliert gesehen werden; sie sind selten national oder regional begrenzt, sondern oft von globaler Dimension und stellen für Entwicklungs- und Industrieländer neue Herausforderungen dar. Die Entwicklungspolitik wird bei der Lösung dieser Probleme in der Einen Welt immer wichtiger.

Die offenbar magische Zahl 2020 hat zu vielen Visionen für die nächsten zwei Jahrzehnte ermuntert:

- ▶ Die McKinsey-Studie „Hamburg Vision 2020“ fordert, dass die im nationalen Vergleich wirtschaftlich starke Hansestadt enorme Anstrengungen unternehmen muss, um den Anspruch einer europäischen Metropole oder sogar Weltstadt zu entsprechen.
- ▶ Ghanas Programm „Vision 2020“ strebt an, bis zu diesem Jahr ein Land mit mittlerem Einkommen und gerecht verteiltem Wachstum zu werden.
- ▶ „Vision 2020“ heißt auch das Projekt, mit dem sich Malaysia zu einer führenden Industrienation und zu einem High-Tech-Staat entwickeln will.
- ▶ Die südindische Entwicklungshilfeorganisation CARDS (Community and Rural Development Society) hat ebenfalls eine „Vision 2020“ entwickelt, mit deren Hilfe die Hoffnungslosigkeit weiter Teile der Dalitbevölkerung überwunden und ein besserer Weg in die Zukunft geebnet werden soll.
- ▶ Die globale Kampagne der Weltgesundheitsorganisation „Vision 2020 - The Right to Sight“ hat zum Ziel, bis zum Jahr 2020 vermeidbare Blindheit zu überwinden.
- ▶ Das Internationale Forschungsinstitut für Agrar- und Ernährungspolitik (International Food Policy Research Institute/IFPRI) in Washington lancierte 1995 die „Vision 2020 für Ernährung, Landwirtschaft und Umwelt“. Die Vision fasst für das Jahr 2020 eine Welt mit acht Milliarden Menschen ins Auge, „in der jeder Mensch Zugang zu ausreichender Nahrung hat, um ein gesundes und produktives Leben zu führen, eine Welt, in der es keine Unterernährung gibt und die Nahrungsmittel aus leistungsfähigen, wirtschaftlichen und kostengünstigen Systemen stammen, die mit einer nachhaltigen Nutzung der natürlichen Ressourcen vereinbar sind.“

Als realistischer Idealist, wie mich einmal Willy Brandt nannte, wünsche ich mir eine Welt, in der alle Menschen „Rede- und Glaubensfreiheit und Freiheit von Not und Furcht“ genießen. Eine Vision, die sich bereits in der Präambel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 findet und immer noch der weltweiten Verwirklichung harrt. Davon ausgehend, dass die „Reichen“ des globalen Dorfes nicht als Inseln auf Dauer überleben können, wenn sie von Ozeanen der Armut umgeben sind, sollte es im allseitigen Interesse liegen, die Eine Welt überlebensfähig und wetterfest zu gestalten.

Die Überschriften für eine visionäre Eine Welt-Politik lauten:

- Demokratie globalisieren und Menschenrechte weltweit verwirklichen,
- ökonomische Globalisierung menschlich und ökologisch gestalten und den Frieden sichern,
- Armut überwinden und soziale Gerechtigkeit gewährleisten,
- für eine wirksame Entwicklungspolitik die ausreichende Finanzierung schaffen.

Im Sinne eines Pragmatismus, der an Bestehendes anknüpft, seien den Überschriften einige Inhalte zugeordnet:

1. Demokratie und Menschenrechte globalisieren

Die „Universelle Erklärung der Demokratie“ der Interparlamentarischen Union (IPU) von 1997 wird ernst genommen. In ihr fordert die IPU, der Abgeordnete aus mehr als 140 Staaten angehören, alle Regierungen und Parlamente auf, sich von den Inhalten dieser Erklärung leiten zu lassen. Die Erklärung bezeichnet die Demokratie als ein universell anerkanntes Konzept, das auf gemeinsamen Werten beruht, die von allen Völkern der Weltgemeinschaft geteilt werden. Als konstitutive Elemente der Demokratie werden freie und faire Wahlen, der Rechtsstaat, die Beachtung der Menschenrechte, das Vorhandensein einer aktiven Zivilgesellschaft und die Beachtung des Demokratieprinzips in den internationalen Beziehungen bezeichnet. Für alle staatlichen Ebenen werden demokratische, repräsentative Institutionen gefordert, vor allem ein mit Gesetzgebungs- und die Regierung kontrollierenden Befugnissen ausgestattetes Parlament, aber auch Institutionen und Verwaltungen auf lokaler und regionaler Ebene. Dabei wird verlangt: Die Verwirklichung der Demokratie setzt eine echte Partnerschaft zwischen Männern und Frauen bei der Regelung der Angelegenheiten der Gesellschaft voraus. Die IPU teilt die Überzeugung, dass die Stärkung des Demokratisierungsprozesses

und der repräsentativen Institutionen einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung von Frieden und Entwicklung leistet.

Mit der notwendigen Aufwertung der Vereinten Nationen muss ihre Demokratisierung und Parlamentarisierung einhergehen, damit die Stimmen der Völker und nicht nur die Stimme der jeweiligen Regierung in der UNO Gehör finden. Der Artikel 22 der UN-Charta („Die Generalversammlung kann Nebenorgane einsetzen, soweit sie dies zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben für erforderlich hält.“) wird genutzt, um eine Parlamentarische Versammlung mit beratender Funktion einzurichten. Der Staatenbund Europarat hat dies Beispiel gebend mit seiner Parlamentarischen Versammlung vorgemacht. Die IPU, die bereits Kooperationsabkommen mit der UNO hat, könnte zu einem „UNO-Parlament“ aus- und umgebaut werden.

Die Allgemeine Menschenrechtserklärung und die nachfolgenden Konventionen werden Kompassnadel für das Handeln aller Staaten. Sowohl die politisch-bürgerlichen Freiheitsrechte der ersten Generation als auch die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte der zweiten Generation sind unverzichtbare Bestandteile einer demokratischen, menschlichen und gerechten (menschewürdigen), friedlichen, nachhaltigen und zukunftsfähigen Entwicklung. Die wichtige Weltkonferenz über Menschenrechte in Wien 1993 bekräftigte den universellen Charakter und die Unteilbarkeit aller Menschenrechte; sie betonte, dass Demokratie, Entwicklung und die Verwirklichung der Menschenrechte untrennbar miteinander verbunden sind und sich gegenseitig stärken.

2. Globalisierung mit menschlichem Antlitz

Die Globalisierung wird an einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft, an den wichtigen Konventionen und Normen der Internationalen Arbeitsorganisation und dem 1992 in Rio vereinbarten neuen Entwicklungsparadigma der nachhaltigen, menschlichen Entwicklung ausgerichtet. Die internationalen Entwicklungs-, Finanz- und Handelsorganisationen wie die Weltbank, der Internationale Währungsfonds und die Welthandelsorganisation werden dementsprechend reformiert. Sie, die bereits von zivilgesellschaftlichen Organisationen, kritisch „begleitet“ werden, bedürfen auch einer stärkeren parlamentarischen Überwachung. Als Modell könnte die entsprechende Vereinbarung zwischen der Parlamentarischen Versammlung des Europarats mit der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung aus dem Jahre 1992 dienen.

Die Märkte werden für die ärmeren Länder weiter geöffnet und die Entschuldungen der ärmsten Länder zügig fortgeführt. Das internationale Finanzsystem wird vor zügelloser Spekulation geschützt und fair ausgestaltet. Im Sinne einer globalen Verantwortung muss die Globalisierung der Wirtschaft mit der Globalisierung von Menschenrechten, der Gleichberechtigung von Frauen, der Rechtsstaatlichkeit und Demokratie einhergehen.

Die Vereinten Nationen, die Weltbank und der Internationale Währungsfonds wie auch die Welthandelsorganisation sind wichtige Akteure für die Balance auf dieser Welt und einen fairen Interessenausgleich zwischen Ländern und Ländergruppen. Eine Verrechtlichung der internationalen Beziehungen mit geregelten Appellationsinstanzen ist die richtige Antwort auf globale Trends zur Privatisierung von Gewalt und ihrem rücksichtslosen Einsatz für die Durchsetzung partikularer Interessen. Wo ein fairer Interessenausgleich in rechtsgesicherten Verfahren auch in der internationalen Politik zur Regel wird, verringern sich die Rekrutierungschancen für Gewaltprediger.

Die Europäische Union – und mit ihr Deutschland – achtet „auf die Kohärenz aller von ihr ergriffenen außenpolitischen Maßnahmen im Rahmen ihrer Außen-, Sicherheits- Wirtschafts- und Entwicklungspolitik“ (Art. 3 EU-Vertrag) und behauptet „ihre Identität auf internationaler Ebene, insbesondere durch eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“ (Art. 2 EUV – es ist geradezu zwingend, einen gemeinsamen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat anzustreben). Die Mitgliedstaaten wollen laut Präambel des EU-Vertrags „die Identität und Unabhängigkeit Europas stärken, um Frieden, Sicherheit und Fortschritt in Europa und der Welt zu fördern“. Hier werden konkrete Visionen stimuliert. Bedeutende Ansätze für eine Neugestaltung der internationalen Beziehungen finden sich in dem im Juni 2000 abgeschlossenen Cotonou-Abkommen zwischen der EU und 77 afrikanischen, karibischen und pazifischen Ländern. Europas Rolle in der Welt darf nicht primär militärisch definiert werden. Der Einsatz militärischer Mittel ist immer zweischneidig und nur *ultima ratio*. Was ist *prima ratio*? Bezogen auf die Spannungen und Frustrationen, die von der Kluft zwischen Arm und Reich ausgehen, Entwicklung und Frieden zusammenzuführen – das heißt eine neue Art von Entspannungspolitik zu betreiben: eine wirtschaftliche, soziale und ökologische Entspannungspolitik.

Die gesamte Entwicklungspolitik – national wie international – ist konsequent in Richtung einer globalen Krisenprävention und Friedenspolitik umzugestalten. Wo ist der Bundeskanzler (oder die Bundeskanzlerin), der die Südpolitik zu einem dritten Pfeiler einer aktiven Friedenssicherungspolitik macht, so wie Adenauer für die West- und Brandt die Ostpolitik standen?

Das geeinte Deutschland kann und muss wirksamere Beiträge dabei leisten, die nicht-militärischen Dimensionen von Entwicklung stärker in der europäischen und internationalen Politik zum Tragen zu bringen. Mindestens so wichtig wie die militärische Sicherheit ist die wirtschaftliche, die soziale, die ökologische und die demokratische Sicherheit. Das Zentrum für Internationale Zusammenarbeit Bonn mit seinen UN-Einrichtungen und den staatlichen wie nichtstaatlichen Einrichtungen im Entwicklungs- und Umweltbereich hat erfolgversprechende Ansätze geboten (etwa mit den Arbeiten und Konferenzen zu Themen wie Klima, Wasser, Entwicklungspolitik, Afghanistan und Ernährungssicherung); die Potenziale des Bonner Zentrums gilt es auszubauen und zu nutzen.

3. Kampf gegen Hunger ist Friedenspolitik

Gerade auch nach den barbarischen Terrorakten vom September 2001 in den USA müssen sich die Industrieländer der Verantwortung für die Eine Welt bewusst sein. Es wäre falsch, kurzsichtig und gefährlich, die Entwicklungsländer – auch jene in Afrika – als eine zu vernachlässigende Größe zu betrachten. Bereits im ersten Bericht der Nord-Süd-Kommission von 1980 hatte deren Vorsitzender Willy Brandt gemahnt, die Bemühungen um den Ausgleich zwischen Industrie- und Entwicklungsländern als „eine neue, geschichtliche Dimension für die aktive Sicherung des Friedens“ zu begreifen; denn: „Wo Hunger herrscht, kann Friede nicht Bestand haben. Wer den Krieg ächten will, muss auch die Massenarmut bannen.“

Die Staats- und Regierungschefs haben sich auf dem Millenniumsgipfel der Vereinten Nationen im September 2000 in New York zum Ziel gesetzt, den Anteil der 1,2 Milliarden Menschen, die in absoluter Armut leben, bis zum Jahr 2015 zu halbieren. Um das Ziel zu erreichen sind verstärkte Anstrengungen unabdingbar: von Seiten der Entwicklungsländer, der Industrieländer wie auch der internationalen Institutionen und Organisationen, auf staatlicher und nichtstaatlicher Ebene.

Die Bundesregierung unterstützt dieses ehrgeizige Ziel durch den von ihr am 4. April 2001 beschlossenen nationalen Aktionsplan, der für alle Ressorts verbindlich ist. Sie will sich einmal für die Kohärenz aller Politikfelder hinsichtlich des Ziels der Armutsbekämpfung einsetzen und hierauf auch auf europäischer Ebene und im Rahmen der OECD hinwirken und zum anderen den Weg der ständigen qualitativen Verbesserung und der Steigerung der nachhaltigen Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit weitergehen. Zur Verwirklichung dieser

Ziele ist ein entsprechender politischer Wille ebenso nötig wie bei der Mobilisierung höherer entwicklungspolitischer Leistungen.

4. Nötige Mittel bereitstellen

Die vornehmste Aufgabe der Entwicklungspolitik, deren Bedeutung für den gesamten Entwicklungsprozess nicht überschätzt, aber auch nicht unterschätzt werden darf, ist es, zu einer auf Dauer wirtschaftlich und ökologisch nachhaltigen, sozial gerechten, menschenwürdigen, demokratischen und friedlichen Entwicklung beizutragen. Die Entwicklungszusammenarbeit wird gezielt und wirksam, partnerschaftlich und kohärent gestaltet. Die Beteiligung der Zivilgesellschaften und der Zugang zur globalen Wissensgesellschaft sowie zu Informations- und Kommunikationstechnologien sind wichtige Voraussetzungen für eine breite Verankerung der entwicklungspolitischen Maßnahmen in den Partnerländern.

Die Länder der Europäischen Union, die noch nicht das Ziel verwirklicht haben, 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts für die Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung zu stellen, verpflichten sich, verbindliche Zeitpläne aufzustellen, wie sie dieses Ziel erreichen. Deutschland wird in einem ersten Schritt die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit bis 2010 verdoppeln. Zur Verwirklichung der entwicklungspolitischen Ziele werden sämtliche Quellen der Entwicklungsfinanzierung in Betracht gezogen und innovative Finanzierungsformen entwickelt. Dazu gehören unter anderem Abgaben auf weltweite spekulative kurzfristige Devisentransaktionen sowie auf die Nutzung globaler öffentlicher Güter (etwa durch Schiffs- und Flugverkehr zur Verringerung der daraus resultierenden ökologischen Kosten). Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft haben ebenfalls wirkungsvolle Finanzierungselemente.

Weil die globale Beseitigung der Armut einen hohen Platz auf der Agenda für das 21. Jahrhundert beansprucht, wollen die OECD-Länder laut Ministertagung vom Mai 1996 und die Staats- und Regierungschefs der Welt gemäß der „Millenniumserklärung“ die folgenden wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und ökologischen Ziele bis zum Jahre 2015 verwirklichen:

- ▶ Halbierung des Anteils der in absoluter Armut lebenden Menschen,
- ▶ universale Grundschulbildung in allen Ländern,
- ▶ nachweisliche Fortschritte auf dem Weg zur Gleichberechtigung von Mann und Frau und zur Befähigung der Frauen zur Selbstbestimmung,

- ▶ Verringerung der Sterberate der Kinder unter fünf Jahren um zwei Drittel und der Müttersterblichkeit um drei Viertel,
- ▶ eine gesundheitliche Grundversorgung für alle,
- ▶ weitere Umsetzung der nationalen Strategien für eine nachhaltige Entwicklung in allen Ländern bis zum Jahr 2005, so dass spätestens bis 2015 auf nationaler und globaler Ebene die negativen Umweltrends effektiv umgekehrt werden.

Voraussetzungen schaffen

Die Verwirklichung der ehrgeizigen Entwicklungsziele spätestens bis zum Jahre 2015 verlangt unter Beachtung der zuvor genannten pragmatisch-visionären Politiken zumindest dreierlei:

- ▶ Ein Umsteuern und eine neue Prioritätensetzung in den Industrieländern (Bewusstseins- und reale Veränderungen im Sinne nachhaltiger, zukunftsfähiger und kohärenter Entwicklungsstrategien; Aufwertung einer besseren und nachhaltig wirksameren Entwicklungspolitik als globaler Struktur- und vorausschauender Friedenspolitik).
- ▶ Weitere politische und sozio-ökonomische Reformen in den traditionellen und neuen „Entwicklungs“-Ländern im Süden und Osten (Stärkung der Demokratie einschließlich dezentraler Strukturen, Förderung von Rechtsstaat, Menschenrechten und Zivilgesellschaft; zweckmäßige makroökonomische Politiken; Schaffung günstiger Rahmenbedingungen; Selbstverpflichtung auf die grundlegenden Ziele einer nachhaltigen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung einschließlich der geschlechtlichen Gleichberechtigung).
- ▶ Maßnahmen auf der internationalen Ebene (Förderung einer internationalen sozialen und ökologischen Marktwirtschaft, faire weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen, effektive Bekämpfung der Korruption, wirksame und nachhaltige Entschuldungen; Nutzung der Chancen der Globalisierung im Sinne einer sozial gerechten und ökologisch verantwortungsvollen Entwicklung; eine Politik, die die Gefahr gewaltsamer Konflikte verringert; Stärkung globaler Rechtsstaatlichkeit).

Die Landung an der Küste einer besseren Welt scheint möglich – die Segel gestärkt im Sinne des Slogans, der im Mai 1968 auf einer der Mauern der Sorbonne in Paris zu lesen war: „Seid realistisch, wir müssen das Unmögliche fordern!“